

Wolfgang Krieger

Der Bundesnachrichtendienst und die Aufarbeitung seiner Geschichte

Im Februar 2011 wurde die Unabhängige Historikerkommission (UHK) für die Erforschung der BND-Geschichte im Zeitraum 1946-1968 eingerichtet.¹ Die Kommission wurde mit Forschungsmitteln ausgestattet, um Projektmitarbeiter einzustellen und die erforderlichen Archivarbeiten durchführen zu können. Die Forscher erhalten uneingeschränkten Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen im BND sowie im Bundeskanzleramt, das die politische Verantwortung für den BND trägt. Die Kommission ist frei, die einzelnen Untersuchungsthemen selbst zu bestimmen. Manuskripte, die zur Publikation vorgesehen sind, werden dem BND vorgelegt, der sie auf die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen und von anderen rechtlichen Beschränkungen prüft.

Ein solcher Auftrag ist in der Bundesrepublik Deutschland einmalig. Zwar haben verschiedene Bundesministerien gelegentlich externen Historikern einen besonderen Aktenzugang gewährt, um die Erforschung der Organisationsgeschichte oder eines bestimmten Tätigkeitsfeldes der Behörde zu ermöglichen, ohne dass staatliche Stellen auf die Forschungsergebnisse politisch Einfluss nehmen. Völlig neuartig ist jedoch, dass eine Sicherheitsbehörde wie der BND diesen besonderen Aktenzugang gewährt. Hinzu kommt, dass die Masse seiner Akten noch nicht archivalisch bearbeitet und noch in Liegenschaften des BND selbst aufbewahrt wird. Technisch

gesehen würde man besser von einem Zugang zur Registratur sprechen, denn das „BND-Archiv“ ist, im Unterschied zu

Die Forscher erhalten uneingeschränkten Zugang zu allen einschlägigen Unterlagen im BND sowie im Bundeskanzleramt [...]

staatlichen Archiven, für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Das heißt, die Kommission und ihre Mitarbeiter arbeiten zunächst mit Verschluss-Sachen. Um sich in der weithin unübersichtlichen Aktenlage zurechtzufinden, wird die UHK von der BND-internen Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“ unterstützt, die unter wissenschaftlicher Ägide der UHK die notwendigen Voraussetzungen und Grundlagen für das Projekt schafft. Diese Gruppe wird von Dr. Bodo Hechelhammer geleitet. Am Ende des auf fünf Jahre angelegten Projektes werden die Forschungsergebnisse in Buchform publiziert.²

Die Hintergründe des Projektes

Den politischen Hintergrund zur Einsetzung der Kommission bildeten die öffentlichen Debatten um NS-belastetes Personal, das nach 1945 in allen Bundesbehörden (und anderswo im Öffentlichen Dienst, einschließlich der Justiz) beschäftigt wurde. Dieser Sachverhalt ist zwar

seit längerem durch die Geschichtswissenschaft gut erforscht, führte jedoch nach 1990 zu erregten Debatten, als es um die berufliche Zukunft von kommunistischen Funktionären der untergegangenen DDR, insbesondere um reguläre Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit sowie um deren „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM), ging. Der Verdacht kam auf, es werde hier mit zweierlei Maß gemessen, wenn bestimmte Kategorien dieses Personenkreises vom Öffentlichen Dienst (oder Teilen davon) ausgeschlossen würden. Dabei wurde ein alter, auf der politischen Linken seit Jahrzehnten erhobener Vorwurf wieder aufgewärmt, es habe in Deutschland nach 1945 kaum ernsthafte Versuche zur Bestrafung von NS-Verbrechern und hohen NS-Funktionären gegeben.

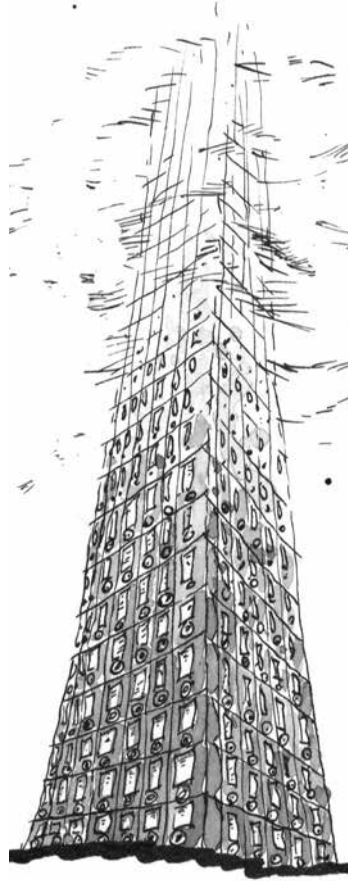
Man muss als Historiker tief Luft holen, um diesen Vorwurf aushalten zu können, denn wie Horst Möller es treffend formulierte: „Es ist nicht nur eine Legende, dass in Deutschland die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur erst in den sechziger Jahren eingesetzt hat. Jede Behauptung dieser Art ist so offensichtlich falsch, dass sie mit Unwissen allein nicht zu erklären ist.“³ Nicht gerade zufällig geht heute die Skandalisierung

Wolfgang Krieger war bis 2013 Professor für Neuere Geschichte und Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Marburg. Er war Gastprofessor in den USA, Kanada und Frankreich, zuletzt (2005-2012) an der Elitehochschule Sciences Po Paris.

der NS-Vergangenheit vor allem von der SED-Nachfolgepartei aus, der Linkspartei, die immer wieder Anfragen im Bundestag einbringt und Debatten verlangt – zumeist sekundiert von einigen Abgeordneten der Grünen. Dabei gerät zum wiederholten Mal in Vergessenheit, dass die Bundesrepublik von Anfang an das Eingeständnis des nationalsozialistischen Unrechts und der massenhaften NS-Verbrechen als Verpflichtung gesehen hat, dieses Unrecht zu sühnen, nach Möglichkeit wiedergutzumachen und die politische Verantwortung für die Folgen zu übernehmen.

Zugleich ist jedoch nicht zu leugnen, dass sich zahlreiche NS-Täter der Strafjustiz entziehen konnten, entweder durch Flucht ins Ausland oder aufgrund von Verjährungsfristen und wegen fehlender Initiativen der Justiz, die Strafverfolgung nachdrücklich zu betreiben. Viele Täter wurden durch Seilschaften von Helfern und Beschützern gedeckt. So ausgreifend und historisch einmalig die „Bewältigung des Nationalsozialismus“ durch die deutsche Strafjustiz auch war, wird doch niemand ihre Versäumnisse und, in Einzelfällen, krassen Fehlurteile leugnen können. Zu dieser schrittweisen juristischen Begünstigung der NS-Täter gehörte übrigens auch die Abschaffung der Todesstrafe, während zahlreiche ausländische Strafprozesse gegen deutsche NS-Verbrecher mit Todesurteilen endeten.

Die Gründe dafür liegen, so provokant es erscheinen mag, hauptsächlich in der Selbststilisierung als „Opfer“ der breiten Masse der Deutschen, die aus der Verdrängung der NS-Vergangenheit einen politischen Interessenkampf machte.⁴ Anders wäre kaum zu erklären, dass die Gesetze zur Wiedereingliederung NS-belasteter in den Öffentlichen Dienst von allen Fraktionen des Bundestages gebilligt wurden, einschließlich der SPD und sogar der Kommunisten, die bis 1953 im Bundestag saßen. Es war also die freiheitliche Demokratie selbst, die jene heute so schwer verständliche Sehnsucht nach einem „Schlußstrich“ hervorbrachte – allerdings unter den Bedingungen wirtschaftlicher Not und einer akuten Bedrohung durch sowjetische Panzer und Kampfflugzeuge, die östlich der Elbe stan-

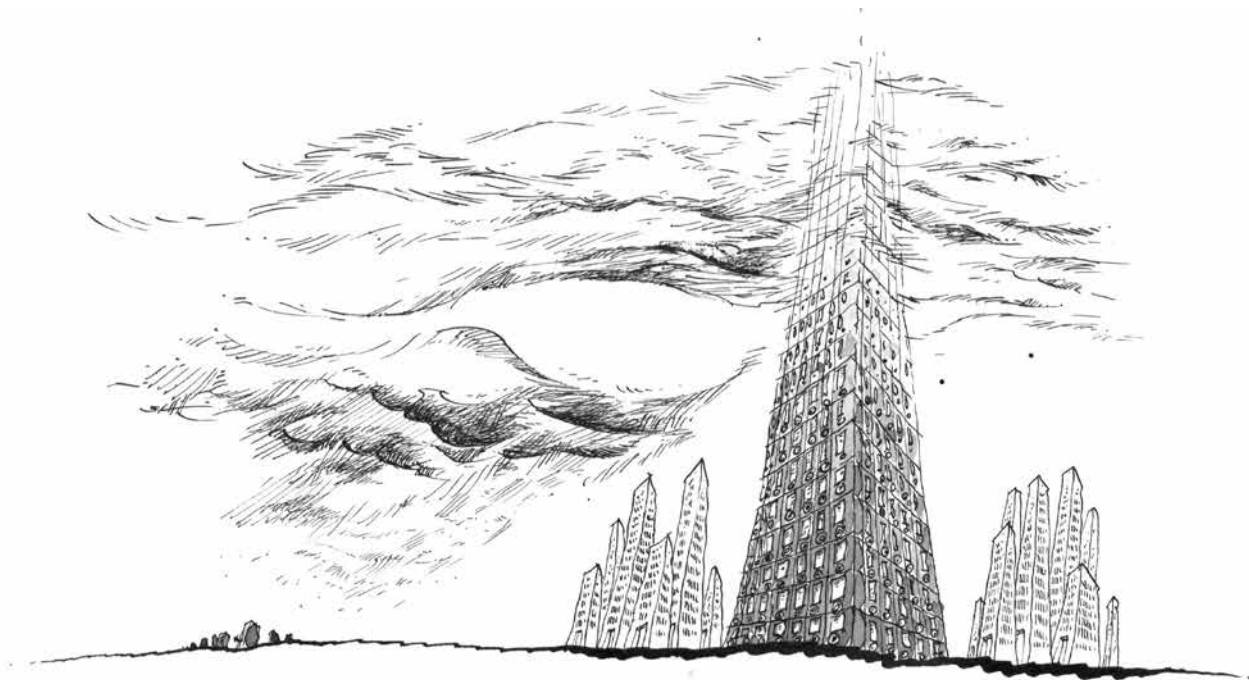


den und die Gefahr einer Sowjetisierung ganz Deutschlands, vielleicht sogar Westeuropas, heraufbeschworen.

Als eine 2006 eingesetzte Unabhängige Historikerkommission für die Erforschung der NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes und seines Personals ihren Abschlußbericht vorlegte, wurden die öffentlichen Debatten um den Umgang mit der NS-Vergangenheit erneut angeheizt. Kaum ein Bundesminister oder Behördenchef konnte es nun wagen, sich einer historischen Erforschung seines Verantwortungsbereiches zu verweigern, weshalb nun überall derartige Projekte gestartet wurden. In besonderer Weise richtete sich der Blick auf den Bundesnachrichtendienst, denn – so glaubten weiter Teile der Öffentlichkeit – wo wäre es leichter gewesen, Leute mit einer schlimmen NS-Vergangenheit zu „verstecken“ als in einem geheimen Nachrichtendienst, der sich noch nie den neugierigen Blicken der Historiker geöffnet hatte und in dem nahezu alles mit dem Mantel der Staatsgeheimnisse umhüllt wurde?

Unter dem Druck der Öffentlichkeit gelang es dem damaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Ernst Uhlau zu realisieren, was er bereits seit Jahren vor hatte. Nämlich eine Geschichte des BND schreiben zu lassen, und zwar durch externe Historiker, um jeden Verdacht einer Beschönigung zu vermeiden. Nach monatelangen Verhandlungen, in denen vor allem juristische Bedenken gegen einen Aktenzugang von außen zu überwinden waren, kam es zu dem eingangs erwähnten Vertrag zwischen vier Historikern und dem BND. Diese Bedenken bestanden in der Hauptsache darin, den Aktenzugang für die UHK so zu definieren, dass er nicht als Einfallstor für die breite Öffentlichkeit und die Medien benutzt werden konnte, denn ein Nachrichtendienst, der seine Tätigkeit nicht mehr geheim halten kann, wäre außerstande, seine sicherheitspolitischen Aufgaben zu erfüllen. Sodann führt ein Nachrichtendienst seine Akten gemäß internen Bedürfnissen, weshalb eine chronologische Aufteilung in die Untersuchungszeiträume für die historische Forschung nicht oder nur teilweise möglich ist. Um die ungeheuren Massen an Akten und Dateien entsprechend auszusortieren, wären Zeit und Personal erforderlich gewesen – Ressourcen, die schlichtweg nicht zur Verfügung standen. Zudem hätte ein „Vorsortieren“ von Unterlagen den Verdacht erweckt, man wolle irgendwelche „Leichen im Keller“ entsorgen.

Aus pragmatischen Überlegungen wurde schließlich der Untersuchungszeitraum auf die „Ära Gehlen“ eingegrenzt, also die Zeit von 1946 bis 1968, als der ehemalige Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen zunächst der von den Amerikanern finanzierten „Organisation Gehlen“ (genannt „Org.“) und seit 1956 dem in eine Bundesbehörde überführten Apparat, also dem Bundesnachrichtendienst, als Präsident vorstand. Unstrittig war deshalb, daß die Forschungen nicht 1956 einsetzen konnten, sondern die amerikanische Vorläuferorganisation in den Blick nehmen mußten – nicht zuletzt auch, weil das NS-belastete Personal in der Regel bereits vor 1956 angeworben wurde. Tatsächlich markieren die Jahre 1968 bis etwa 1970 einen tiefgreifenden organisatorischen Wandel des Dienstes, während allerdings das Führungspersonal (ausgenommen Gehlen



und einige andere) und die wesentlichen Aufgaben bis zu den 1980er Jahren weitgehend erhalten blieben. Erst kurz vor dem Ende der deutschen Teilung gingen die Letzten aus der Gründergeneration in den Ruhestand, übrigens auch die letzten NS-Belasteten.

Über die NS-Verstrickungen hinaus

Eine Besonderheit sollte der inhaltliche Zuschnitt des Projektes sein, weil die Kommission eine Beschränkung auf NS-Belastungen des Personals für wissenschaftlich unbrauchbar hielt. Eine Teilfrage, wie diejenige des Personals einer Organisation, läßt sich nur darstellen und in ein schlüssiges Gesamtbild einordnen, wenn man den organisatorischen Aufbau, die institutionelle Entwicklungsgeschichte, die Außenbeziehungen und vor allem die inhaltliche Tätigkeit dieser Organisation kennt. Dieser Kontext ist bei den meisten der untersuchten oder zu untersuchenden Ministerien oder Behörden sehr weitgehend bekannt. Um das Auswärtige Amt zu nehmen, dessen NS-Verstrickungen in einem 2010 erschienenen Werk dargestellt wurden, so ist der organisatorische Aufbau, die inhaltliche Tätigkeit der westdeutschen Nachkriegsdiplomatie und zumindest das Personal vom Botschafter aufwärts weithin bekannt, erforscht und leicht aus

öffentlichen Quellen recherchierbar. Gewiß gab und gibt es auch dort geheime oder vertrauliche Informationen, aber die NS-Verstrickung und, nach 1945, das Bemühen, einzelne Aspekte zu vertuschen und belastete Personen aus dem Scheinwerflicht der Öffentlichkeit zu halten, konnte im Wesentlichen dargelegt werden, ohne die Gesamtheit der NS-Außenpolitik sowie der westdeutschen Außenpolitik nach 1945 rekapitulieren oder gar erforschen zu müssen.

Im Unterschied dazu sind der Bundesnachrichtendienst und seine Vorläuferorganisation fast völlig unerforscht. Es gibt bislang kaum zuverlässiges Quellenmaterial, ausgenommen die Gerichtsurteile in Verratsfällen und Spionageprozessen, die jedoch nur sehr begrenzte Einblicke in die großen Zusammenhänge gewähren. Zwar findet man viel an Schriften, vor allem an Presseberichten, die sich mit dem BND befassen. Was dort berichtet wird, ist nicht a priori falsch, aber es läßt sich weder verifizieren noch falsifizieren, solange die internen Akten des Dienstes und der mit ihm verbundenen Dienststellen für die Forschung nicht verfügbar sind. In diesem Sinn ist der Begriff „unerforscht“ hier zu verstehen.

Ein gesamtgeschichtlicher Ansatz wird sich gleichwohl auf ausgewählte Aspekte

des BND beschränken müssen. Durch die umfangreichen Abgaben von BND-Akten an das Bundesarchiv wird in den kommenden Jahren ein neues Forschungsfeld entstehen, das für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, aber auch für die Geheimdienstgeschichte insgesamt von Bedeutung sein wird. In diesem Sinn versteht sich die UHK als Wegbereiterin künftiger Forschungen und Diskussionen. Neben der Arbeit an ihren eigenen analytischen Beiträgen unterstützt sie den BND bei der Erschließung und – soweit es die gesetzlichen Vorschriften zulassen – auch Freigabe von Quellenmaterial. Ob sich das Modell des UHK-Projektes auf andere Staaten übertragen läßt, sei hier dahingestellt. Wenn es gelingt, wird es gewiß internationale Beachtung finden. ♦

1 Ihr gehören Prof. Dr. Jost Dülffer (Universität zu Köln), Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke (Technische Universität Dresden), Prof. Dr. Wolfgang Krieger (Universität Marburg) und Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam/Humboldt-Universität zu Berlin) an.

2 Aktuelle Informationen findet man auf der Internetseite www.uhk-bnd.de

3 Horst Möller, Unser letzter Stolz, in: FAZ (9.6.2012).

4 Klaus-Dietmar Henke, Personelle und institutionelle Kontinuitäten und Brüche zur NS-Zeit in deutschen Ministerien und Behörden der frühen Nachkriegszeit, = Öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien am 29. Februar 2012 (Ms), S. 4/5.